



# Reden

26.10.2016

**Thema: Dringlichkeitsantrag der Fraktion (FREIE WÄHLER) Die Gefahr durch sogenannte "Reichsbürger" in Bayern ernst nehmen**

**Florian Streibl (FW):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir alle, für die die Bundesrepublik Deutschland Heimat ist, haben mit tiefer Trauer, mit Entsetzen und von dem feigen Mord in Georgensgmünd erfahren. Unsere Gedanken und auch unsere Gebete sind bei den Opfern und den Hinterbliebenen. Wir sprechen den Polizeibeamten unser tiefstes Mitgefühl, aber auch unseren tiefsten Respekt aus. Von dieser Stelle aus: Danke.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Die Polizeibeamten sind diejenigen Beamten, die den Bürgern den Staat vor Augen führen, die das Gewaltmonopol des Staates ausführen. Wenn Polizisten angegriffen werden, dann wird unser Staat angegriffen. Was in Georgensgmünd passierte, das war der maximale, der größte Angriff auf unsere Zivilgesellschaft. Deshalb haben wir FREIEN WÄHLER auch schon vor Jahren eine Verschärfung des Strafrechts bei Gewalt gegen Polizeibeamte gefordert. Offensichtlich wurden aber die sogenannten Reichsbürger eher als skurrile Sonderlinge abgetan, die die Verwaltung, aber auch die Justiz und dieses Haus mit abstrusen Petitionen und Meinungen zu bombardieren versuchen. Seit Georgensgmünd aber wissen wir: Sie sind keine skurrilen Sonderlinge, sondern rechtsstaatliche Antipoden. Sie sind diejenigen, die gegen unseren Rechtsstaat stehen, die diesen Rechtsstaat zutiefst ablehnen. Deshalb müssen wir unseren Rechtsstaat schützen und verteidigen und dafür hier die notwendigen Schritte einleiten. Was allerdings verwundert, ist die öffentliche Ankündigung, dass das auch ein Thema im Parlamentarischen Kontrollgremium sein wird. Dieses Gremium tagt bekanntlich geheim, und eigentlich hätte dieses Thema dort schon längst ein Thema sein sollen. Meine Damen und Herren, wer unseren Staat ablehnt, wer unser Grundgesetz ablehnt, der lehnt auch Artikel 1 unseres Grundgesetzes ab, die Würde des Menschen. Das aber ist, was hinter dieser fatalen Ideologie steht. Deshalb ist diese Ideologie, wie wir vorhin schon diskutiert haben, letzten Endes menschenverachtend. Deswegen müssen wir sehr wachsam sein und sagen: Beamte, die dieser Bewegung oder dieser Ideologie oder diesen skurrilen Gedanken anhängen, haben im Staatsdienst nichts verloren, ganz gleich wo, ob es bei der Polizei, bei der Exekutive sonst oder bei der Judikative ist. Wir müssen hier wachsamer sein. Die Polizei muss noch besser auf solche Einsätze vorbereitet und noch besser ausgerüstet werden, und auch der Verfassungsschutz muss noch genauer hinschauen und noch genauer überprüfen, wer sich in unserem Staat aufhält und wer hier arbeitet. Wenn man mit Bürgermeistern oder Landräten redet, muss man jetzt erschreckt feststellen, dass die Reichsbürger keine Einzelfälle sind, sondern dass fast in jeder Gemeinde welche vorhanden sind und fast jeder Bürgermeister schon seine negativen Erfahrungen mit ihnen hatte. Insoweit muss von diesem Haus ein Signal auch an unsere Kommunalpolitiker ausgehen, wie man mit diesem Phänomen umgeht und wie

**BAYERISCHER LANDTAG**  
**ABGEORDNETER**  
**Florian Streibl**



man sich zur Wehr setzen muss. Deswegen werden wir heute auch alle Anträge zu dem Thema unterstützen und befürworten, auch den der SPD, der über Berichtsanträge hinausgeht. Ich denke, es ist gut, wenn man sagt: Hier muss gehandelt werden. Dieses Thema dürfen wir nicht vergessen. Wir dürfen nichts versäumen und müssen hier tatkräftig weitermachen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)